

Förderchancen für Regionen nutzen

EU-Kommissar spricht im Rathaus mit Verwaltungsspitze und CDU über den Strukturwandel

-ck- **IBBENBÜREN.** EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn hat am Donnerstagabend dem Rathaus in Ibbenbüren einen Besuch abgestattet. Auf Einladung des CDU-Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper informierte sich der Kommissar für Regionalpolitik über die Situation angesichts des im Jahr 2018 auslaufenden Steinkohlenbergbaus.

Um den Strukturwandel stemmen zu können, stellt die EU den Ländern auch ab dem Jahr 2014 wieder Fördermittel für Konversions- und Kohlerückzugsgebiete zur Verfügung.

Diese Chancen auf Strukturfördermittel riss der EU-Kommissar zusammen mit der Ibbenbürener Verwaltungsspitze und den heimischen CDU-Politikern an.

Im anschließenden Pressegespräch erklärte Bürgermeister Heinz Steingröver, man habe dem Kommissar deutlich gemacht, dass die Kohleregion Hilfe brauche, „auch wenn wir nicht hilflos sind“. Hahn lobte, es sei richtig, dass die Region sich rechtzeitig auf den Weg gemacht habe, Strukturveränderungen zu begleiten.

Ziel der EU-Politik sei, mit Strukturfördermitteln die Wirtschaft zu fördern, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Die Strukturmittel müssten dabei so zum Einsatz kommen, dass die Regionen direkt davon profitierten.



EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn (2.v.l.) sprach am Donnerstagabend mit Ibbenbürens Bürgermeister Heinz Steingröver (3.v.l.) über das Ende des Steinkohlenbergbaus und mögliche Fördermittel. Den österreichischen Kommissar für Regionalpolitik begleitete die CDU-Delegation (v.l.) mit dem Europaabgeordneten Dr. Markus Pieper, der Bundestagskandidatin Anja Karlizcek, dem Landtagsabgeordneten Wilfried Grunendahl und dem Fraktionsvorsitzenden im NRW-Landtag, Karl-Josef Laumann.

Foto: Claus Kossag

Karl-Josef Laumann, CDU-Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag, verwies darauf, dass bereits eine Machbarkeitsstudie laufe. Für konkrete Projekte in der Region Ibbenbüren brauche es Ideen und Investoren. „Das sind wir noch am Anfang.“ Vor Ort wünsche man sich etwas Handfestes.

Laumann nannte als Beispiele die Themen erneuer-

bare Energien und technische Innovationen. Heinz Steingröver: „Wir brauchen vor allem Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen.“

EU-Abgeordneter Dr. Markus Pieper sagte, für Nordrhein-Westfalen stünden bis 2020 rund 3,2 Milliarden Euro EU-Fördermittel zur Verfügung, davon zwei Milliarden für die Strukturpolitik der Regionen.

Brüssel gebe die Kriterien vor, vergeben würden die Mittel von der Landesregierung.

Pieper kritisierte, die rot-grüne Regierung nutze ihre Spielräume bislang leider unter ideologischen Vorzeichen sehr umwelt- und gleichstellungslastig nach dem Gießkannenprinzip, ohne wirkliche Schwerpunkte zu setzen. Wenn es um

Brennpunkte des Strukturwandels gehe, müssten koordinierte Programmansätze her. Themen könnten Breitband, Energieeffizienz, Hochschulen oder Gewerbeparks sein.

Dabei, so war sich Pieper mit EU-Kommissar Hahn einig, gelte es, die Kraft kleiner und mittelständischer Betriebe zu nutzen. „Da liegen die Chancen“, so Hahn.